

Seniorenzentren der Bundesstadt Bonn

**Jahresabschluss 2013/
Wirtschaftsplan 2014**

Seniorenzentren der Bundesstadt Bonn, Bonn

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013

AKTIVA

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	8.349,75	10.784,14
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	6.800.238,55	7.253.444,77
2. Technische Anlagen	415.560,72	16.090,80
3. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	454.770,04	519.983,11
4. Fahrzeuge	11.643,48	19.930,20
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	710.267,22	787.727,23
	8.392.480,01	8.597.176,11
	8.400.829,76	8.607.960,25
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	55.031,45	59.152,31
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	321.482,52	305.849,84
2. Forderungen an Träger der Einrichtung	119.688,68	74.625,88
3. Sonstige Vermögensgegenstände	90.265,66	45.556,47
	531.436,86	426.032,19
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.722.362,04	3.241.711,97
	3.308.830,35	3.726.896,47
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	670,16	3.148,11
	11.710.330,27	12.338.004,83

PASSIVA

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
A. EIGENKAPITAL		
I. Gewährtes Kapital	2.556.459,40	2.556.459,40
II. Kapitalrücklagen	2.031.844,83	2.323.491,57
III. Gewinnrücklagen	93.778,00	93.778,00
IV. Verlustvortrag	-1.470.094,51	-1.685.672,33
V. Jahresfehlbetrag	-136.675,40	-76.068,92
	3.075.312,32	3.211.987,72
B. SONDERPOSTEN AUS ZUSCHÜSSEN UND ZUWEISUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus öffentlicher Förderung für Investitionen	233.116,04	249.929,60
2. Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	36.841,61	40.931,93
	269.957,65	290.861,53
C. RÜCKSTELLUNGEN Sonstige Rückstellungen	586.402,57	752.960,46
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 324.958,24 € (Vorjahr: 336.625,60 €)	324.958,24	336.625,60
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 215.839,27 € (Vorjahr: 207.480,48 €)	6.340.015,76	6.547.494,34
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Einrichtung - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 803.539,20 € (Vorjahr: 801.452,68 €)	803.539,20	801.452,68
4. Sonstige Verbindlichkeiten - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 17.856,90 € (Vorjahr: 66.428,85 €)	17.856,90	66.428,85
5. Verwahrgeldkonto - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 65.033,74 € (Vorjahr: 68.964,11 €)	65.033,74	68.964,11
	7.551.403,84	7.820.965,58
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	227.253,89	261.229,54
	11.710.330,27	12.338.004,83

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2013**

	2013	2012
	€	€
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß PflegeVG	8.769.314,91	8.400.968,27
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	3.969.668,53	3.945.167,38
3. Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen nach PflegeVG	121.388,51	119.487,37
4. Erträge aus gesonderter Berechnung der Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	1.331.299,35	1.284.446,70
5. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	667.865,41	542.629,04
6. Sonstige betriebliche Erträge	243.857,25	152.030,16
Zwischensumme	15.103.393,96	14.444.728,92
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-8.023.534,70	-7.795.075,84
b) Soziale Abgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen - davon für Altersversorgung: 669.178,11 € (Vorjahr: 639.975,29 €)	-2.738.179,44	-2.491.053,42
8. Materialaufwand		
a) Lebensmittel	-682.473,25	-676.340,09
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	-674.268,47	-624.519,79
c) Wirtschaftsbedarf / Verwaltungsbedarf	-1.668.359,34	-1.671.703,27
9. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	-7.476,39	-9.059,74
10. Steuern, Abgaben, Versicherungen	-206.874,40	-199.463,43
11. Mieten, Pacht, Leasing	-91.420,72	-97.471,45
Zwischenergebnis	1.010.807,25	880.041,89
12. Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	43.617,78	26.005,47
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	20.903,88	20.903,88
14. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-598.621,72	-593.524,91
b) auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	-9.664,55	-3.558,63
15. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	-214.887,60	-258.767,24
Zwischenergebnis	252.155,04	71.100,46
16. Zinsen und ähnliche Erträge	26.503,64	55.201,79
17. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens - davon außerplanmäßige Abschreibungen: 96,09 € (Vorjahr: 0,00 €)	-96,09	0,00
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-260.972,33	-276.536,61
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17.590,26	-150.234,36
20. Außerordentliche Erträge	17.310,25	78.524,68
21. Außerordentliche Aufwendungen	-184.575,91	-80.359,24
22. Weitere Erträge	13.000,00	76.000,00
Außerordentliches Ergebnis	-154.265,66	74.165,44
23. Jahresfehlbetrag	-136.675,40	-76.068,92

Lagebericht der Seniorenzentren der Bundesstadt Bonn für das Geschäftsjahr vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

Der Betriebszweck der Seniorenzentren umfasst nach geltender Satzung im Wesentlichen die Unterbringung, Pflege, Betreuung und Versorgung älterer Menschen in drei vollstationären Einrichtungen. Die Leistungen des Betriebes stehen in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesstadt Bonn, darüber hinaus auch anderen Personen zur Verfügung.

Die Betreuung, Versorgung und Pflege von Menschen durch die Kommune hat in Bonn eine lange Tradition. Seit 1866 unterhält die Stadt Bonn Einrichtungen für unterschiedliche Zielgruppen. Seit Mitte der 70er Jahre stehen drei Alten- und Pflegeheime in ihrer Trägerschaft. Aufgrund der Vorgaben des Pflegeversicherungsgesetzes werden daraus hervorgehend seit dem 01.01.1998 die Seniorenzentren als organisatorisch und wirtschaftlich eigenständige Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit in Form einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung geführt.

Zu den Seniorenzentren gehören das Wilhelmine-Lübke-Haus in Duisdorf, das St. Albertus-Magnus-Haus in Pützchen und das Haus Elisabeth mit einer Begegnungsstätte in Ippendorf. Darüber hinaus bietet das Betreuungszentrum Breite Straße teilstationäre, hauswirtschaftliche und beratende Angebote an. Die Zentralverwaltung befindet sich in Duisdorf im Haus der Bonner Altenhilfe.

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Entwicklung der Branche

Gemäß Publikation des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2008 ist die Zahl der Pflegebedürftigen in vollstationären Senioreneinrichtungen trotz der Bemühungen zur Stärkung ambulanter Versorgungsstrukturen seit dem Jahr 1994 von 420 000 auf 640 000 um über 50 % angestiegen.

Nach der Bevölkerungsvorausrechnung des Landesbetriebs Information und Technik (IT.NRW) wächst in Nordrhein-Westfalen die Einwohnerzahl in der Altersgruppe der Hochbetagten (über 80-Jährige) bis zum Jahr 2050 gegenüber 2008 um das 2,6 fache.

In diesem Zusammenhang sind in einer generell als zukunftssicher geltenden Branche zur Beurteilung der Entwicklung insbesondere die lokalen demographischen Kennzahlen von maßgeblicher Bedeutung.

So hat sich in den letzten zehn Jahren die Gruppe der Bonnerinnen und Bonner über 54 Jahren lediglich um 5,16 % von 83 565 auf 87 873 in Bonn erhöht. Die primäre Zielgruppe der Seniorenzentren, die Einwohner über 74 Jahren, wird sich jedoch bis zum Jahr 2030 gemäß der Statistik des Stadtplanungsamtes um voraussichtlich 39 % von 26 559 auf 37 019 kontinuierlich erhöhen, so dass ein deutlich steigender Bedarf an pflegerischer und betreuender Versorgung zu erwarten ist.

Im benachbarten Rhein-Sieg-Kreis wird im Zeitraum bis 2020 eine Steigerung der Zahl der über 80-Jährigen um mehr als 100 % auf 40 300 prognostiziert und die Nachfrage an qualifizierten seniorengerechten Versorgungsstrukturen somit ebenfalls erheblich steigen.

Neben den quantitativen Veränderungen hat sich auch durch die gesetzlichen Initiativen zur Förderung der ambulanten Versorgung pflegebedürftiger Menschen nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ das Klientel, welches die stationären Senioreneinrichtungen in Anspruch nimmt, stark verändert. Die Menschen, die einen Platz in einer stationären Einrichtung suchen, sind älter, ihre Pflegebedürftigkeit ist umfassender und körperliche, seelische sowie geistige Beschwerden und Einschränkungen schwerwiegender.

Nach aktuellen Studien ist in der Altersgruppe der 85- bis 89-Jährigen fast jeder vierte und in der Altersgruppe der über 90-Jährigen fast jeder dritte von Demenz betroffen. Damit wird diese Gruppe von Menschen weiter an Bedeutung in den Pflegeeinrichtungen gewinnen, da sie teilweise einen sehr hohen Betreuungsbedarf hat und eine ambulante Versorgung oft an ihre Grenzen führt.

Vollstationäre Einrichtungen müssen sich dieser veränderten Situation anpassen, um ein würdiges Altern der Bewohnerinnen und Bewohner zu ermöglichen. Sie müssen sich professionell damit auseinandersetzen, wie sie in der heutigen Zeit Einrichtungen führen können, die zeitgemäße Formen des Wohnens und der Pflege anbieten und praktizieren. Eine wohnliche Atmosphäre, die ein weitgehend selbstbestimmtes Leben, verbunden mit Geborgenheit und Zugehörigkeit auch unter den Bedingungen einer kontinuierlichen Hilfsbedürftigkeit möglich macht, ist in unserer Gesellschaft mit der hohen Wertschätzung von Individualität und Selbstverwirklichung auch bei körperlichen, seelischen und geistigen Beeinträchtigungen unverzichtbar.

1.2 Umsatz- und Leistungsentwicklung

Nachdem in den letzten Jahren der durchschnittliche Auslastungsgrad ca. 95 % betrug, konnte im Geschäftsjahr 2013 eine Auslastung der stationären Einrichtungen von 97,2 % erreicht werden.

Die einrichtungsspezifischen Quoten stellen sich wie folgt dar:

	2009	2010	2011	2012	2013
Haus Elisabeth	93,9	94,3	94,1	93,6	94,5
St. Albertus-Magnus-Haus	94,1	94,4	94,6	95,0	99,9
Wilhelmine-Lübke-Haus	97,2	94,8	95,4	96,1	97,5
Durchschnitt	95,2	94,5	94,8	95,0	97,2

Die Gesamtauslastung der vollstationären Pflegeeinrichtungen in NRW ist seit mehreren Jahren insgesamt leicht rückläufig. Für den Zeitraum 2003 bis 2012 hat sich die Gesamtauslastung von rund 98 % auf rund 95 % reduziert.

Die neuen Pflegesätze sowie die verbesserte Auslastung führten zu einer Erlössteigerung um 442 TEUR auf 14 192 TEUR.

1.3 Prozess der Leistungserbringung

Grundlage für das Prozessmanagement ist ein umfassendes Pflegeverständnis, dessen konkrete Arbeitsabläufe nach dem Prinzip der Bezugs- und Funktionspflege gestaltet werden. Kern des Pflegeverständnisses ist eine ganzheitlich dynamische Sichtweise des Menschen mit seinen Bedürfnissen, Problemen, Fähigkeiten und seinen persönlichen Erfahrungen. Je nach Bedarf werden für die Bewohnerinnen und Bewohner betreuende, anleitende, begleitende und/oder unterstützende Maßnahmen geplant und durchgeführt, wobei insbesondere bei der Pflege und Betreuung die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner und der Angehörigen von zentraler Bedeutung ist. Zur Organisation der Prozesse werden, in fortwährender gegenseitiger Abstimmung und Koordination zwischen Pflegenden, anderen Berufsgruppen innerhalb des Unternehmens und externen Dienstleistern, eine individuelle Pflegeplanung, die Pflegedokumentation, Pflegestandards, Qualitäts- und Pflegezirkel sowie verbindliche Kommunikationsstrukturen eingesetzt.

Um eine effizientere Personaleinsatzplanung zu ermöglichen und die Beschäftigten bei der Dienstplanung zu unterstützen, wurde das Projekt "edv-gestützte Dienstplangestaltung" fortgeführt.

1.4 Beschaffung

Beschaffungen erfolgen nach den Vorgaben der Vergaberichtlinien der Bundesstadt Bonn. Vor kostenintensiven Anschaffungen werden zusätzlich regelmäßig Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt und Alternativen, wie Kauf oder Leasing, geprüft.

In diesem Zusammenhang ist jedoch festzustellen, dass aufgrund der immer komplexer werdenden Ausschreibungsformalien mitunter kaum noch Anbieter gefunden werden, die bereit sind, Angebote abzugeben.

Ungeachtet einer erheblichen CO₂ Reduzierung durch die Integration neuer Blockheizkraftwerke konnte die damit verbundene betriebswirtschaftliche Erwartungshaltung auf Grund der Gesamtkosten im Energiesegment im ersten Betriebsjahr noch nicht erreicht werden.

1.5 Investitionen/Bauunterhaltung

Investitionen wurden in Höhe von ca. 391 TEUR getätigt. Der mit ca. 299 TEUR maßgebliche Aufwand fiel für die Erneuerung von Aufzugsanlagen an. Des Weiteren sind Kosten für die Ersatzbeschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter in Höhe von etwa 29 TEUR zu verzeichnen.

1.6 Finanzierungsmaßnahmen

Die liquiden Mittel wurden im Bereich Tagesgeld angelegt. Der im Zuge des Wirtschaftsplans eingeräumte Kontokorrentkredit in Höhe von 750 TEUR musste nicht in Anspruch genommen werden.

1.7 Personalbereich

Der Personalbedarf wurde anhand der von den Pflegekassen vorgegebenen Personalschlüssel monatlich im Zuge des Personalcontrollings auf Basis der aktuellen Belegungsstruktur der Einrichtungen ermittelt. Analog der Vorjahre ergab sich im Jahr 2013 nachfolgende Veränderung der Vollkräfte im Personalbereich:

Seniorenzentren VK	2009	2010	2011	2012	2013
Leitungen	4	4	3,6	4,0	3,1
Sozialer Dienst	10,9	13,9	16,6	14,6	15,3
Betreuungspersonal	128,1	130	126,8	122,9	128,2
Hauswirtschaftlicher Dienst	56	56,3	58,4	55,1	56,0
Hausmeister/Gärtner	8,3	8,4	8,4	8,3	8,1
Verwaltung	21,6	19,7	18,3	16,1	16,4
ZDL	2,5	2,0	1,3	0,5	0,1
Gesamt	231,4	234,3	233,4	221,4	227,2

In Fortsetzung des Vorjahrestrends konnten Überschreitungen der Stellenschlüssel weiter reduziert und an die Vorgaben der Pflegekassen angepasst werden. Die Personalaufwendungen betrugen 10 762 TEUR, Vorjahr 10 286 TEUR. Die Ist-Kosten im Personalbereich erhöhten sich damit um ca. 476 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die durchschnittlichen Personalkosten der Beschäftigten liegen mit 47,4 TEUR pro Vollzeitstelle 800 EUR über dem Vorjahresniveau von 46,6 TEUR. Ursächlich sind insbesondere die Ergebnisse der Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst - die Tabellenentgelte wurden zum 01.01.2013 und 01.08.2013 jeweils um 1,4 % angehoben. Zudem erfolgte eine Erhöhung der leistungsorientierten Bezahlung um 0,25 Prozentpunkte.

In dem Bereich Pflege begannen 10 Auszubildende ihre Ausbildung. Um neben den originären Ausbildungsverhältnissen zusätzliche arbeitsmarktpolitische Impulse erzielen zu können, wurden im Rahmen des SGB II zusätzliche gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten zur Arbeitsmarktintegration Arbeitssuchender zur Verfügung gestellt.

1.8 Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Die im Vorjahr intensivierten Erörterungen zwischen Verwaltung und Politik zur Fortführung der Seniorenzentren in kommunaler Trägerschaft mündeten in einen Grundsatzbeschluss des Rates am 05.03.2013.

Der Rat hat beschlossen, dass die städtischen Seniorenheime Wilhelmine Lübke Haus und St. Albertus Magnus Haus erhalten bleiben und bis Ende 2018 vollständig entsprechend den Vorschriften des Wohn- und Teilhabe-Gesetzes sowie des Landespflegegesetzes NRW saniert werden. Auf dem Gelände des Hauses Elisabeth soll ein Neubau errichtet werden, der als sogenannter Vorschaltbau der Unterbringung der Bewohnerschaft der zu sanierenden Seniorenheime und künftig als neues Haus Elisabeth dienen soll. Zu den Baumaßnahmen wurde unter Beteiligung eines Wirtschaftsprüfers ein Businessplan zum Zwecke einer objektiven Beurteilung gefertigt.

Das Landespflegegesetz NRW regelte bislang die baulichen Anforderungen sowie die Refinanzierung von Investitionsmaßnahmen von Alten- und Pflegeeinrichtungen. Seitens der Landesregierung war eine grundlegende Novellierung der maßgeblichen Vorschriften zum 01.01.2014 im Rahmen des GEPA-NRW (Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen) geplant.

Da entgegen der ursprünglichen Absicht Gesetz und Durchführungsverordnungen in 2013 noch nicht vorlagen, konnte vor dem Hintergrund der unklaren Rechtslage aus den vielfältigen Prüfungen kein betriebswirtschaftlich solider und verbindlicher Beschlussvorschlag abgeleitet werden. Eine verlässliche Wertung der unterschiedlichen Szenarien, der Ausschluss sowie die Favorisierung einer Alternative kann erst nach Bekanntwerden der künftigen Anforderungen und Förderbedingungen belastbar erfolgen.

Die Gesetzesentwürfe sollen nach aktuellem Sachstand Ende April 2014 in den Landtag eingebracht werden.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes einschließlich des Geschäftsergebnisses

2.1 Ertragslage

Die Erträge wurden insgesamt annähernd in geplanter Höhe erwirtschaftet und betrugen 15 103 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis in Höhe von 14 445 TEUR konnten Mehrerträge von 658 TEUR erzielt werden.

Der nach den Vorschriften der Pflegebuchführungsverordnung aufzulösende Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen zur Finanzierung von Investitionen führte zu einem Ertrag von 21 TEUR.

Da durch die Nebenbetriebe originäre Aufgaben verschiedener Stiftungen bzw. der Sozialverwaltung wahrgenommen werden, sind diese Defizite durch Zuschüsse aus Stiftungs- und Haushaltsmitteln nach Abschluss des Wirtschaftsjahres auszugleichen.

2.2 Finanzlage

Die Eigenmittelquote hat sich, mit 28,4 % im Vorjahr, leicht verbessert. Sie ist mit 28,6 % weiterhin als ausreichend zu bezeichnen.

Die Liquidität auf kurze Sicht beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf 1 334 TEUR und ist nach wie vor ebenfalls als zufriedenstellend zu bezeichnen.

2.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage des Betriebes ist weiterhin geordnet. Die Eigenmittel verringerten sich von 3 503 TEUR auf 3 345 TEUR - das Fremdkapital beträgt 8 365 TEUR. Die Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens betragen 270 TEUR - Vorjahr 291 TEUR.

Das Umlaufvermögen beträgt 3 309 TEUR, das Anlagevermögen 8 401 TEUR. Abschreibungen wurden in Höhe von 599 TEUR gebildet.

Verbindlichkeiten aus langfristigen Krediten wurden fristgerecht beglichen.

2.4 Geschäftsergebnis

Die Geschäftsergebnisse in den Jahren 2006 bis 2011 schlossen mit Defiziten zwischen 253 und 1044 TEUR ab. Nachdem im Vorjahr das Jahresdefizit im originären Bereich auf 76 TEUR reduziert werden konnte galt es als primäre Ziele, im Jahr 2013 die Verbesserung des Betriebsergebnisses aus dem Vorjahr fortzusetzen bei gleichzeitiger Stärkung der Organisationsstrukturen.

Seit Betriebsgründung erzielten die stationären Einrichtungen in 2013 im Rahmen der Qualitätsprüfung durch den MDK die besten Ergebnisse und haben damit eine inhaltliche Bestätigung erhalten, dass die Struktur-, Prozess- sowie Ergebnisqualität in den Häusern der Seniorenzentren auf der Grundlage aktueller pflegfachlicher sowie pflegwissenschaftlicher Erkenntnisse erbracht werden und im NRW Landesvergleich überdurchschnittlich eingestuft wurden.

Die ungedeckten Kosten durch die Abnahmeverpflichtung des Jobtickets stiegen in 2013 gegenüber 2012 um weitere 21 TEUR auf 114 TEUR an. Daneben sind auf Grund veränderter kommunaler Umlageschlüssel die Kosten für Unfall- und Sachversicherungen um 13 TEUR im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Trotz dieser Belastungen schließt der Jahresabschluss 2013 mit einem erstmaligen Gewinn seit 2005 im ordentlichen Geschäftsbereich in Höhe von 17 TEUR ab.

Außerordentliche einmalige Abfindungszahlungen und Abgeltungen von Urlaubsansprüchen im Zuge der Neuausrichtung der Seniorenzentren in Höhe von 154 TEUR verursachten jedoch letztendlich ein Gesamtergebnis in Höhe von -137 TEUR.

Die Ergebnisse der maßgeblichen Einrichtungen betragen:

Haus Elisabeth	-135 TEUR
St. Albertus-Magnus-Haus	-101 TEUR
Wilhelmine-Lübke-Haus	+ 99 TEUR

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Stichtag nicht eingetreten.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1 Angaben zum wirtschaftlichen und rechtlichen Bestand

Vermögensverluste, Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit zeichnen sich nicht ab. Das Risiko, das sich für die Einrichtungen aus der Angebots- bzw. Nachfragesituation ergibt, muss weiterhin beobachtet werden.

4.2 Sonstige Risiken mit besonderem Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentlich ist, in Bezug auf die beabsichtigten Modernisierungsmaßnahmen, trotz schwieriger Rahmenbedingungen eine refinanzierbare und durchgängige Konzeption zur Umsetzung aufzustellen. Ferner sind unter Ausnutzung der Erkenntnisse des monatlichen Personalcontrollings Personalüberhänge aufgrund geänderter Bewohnerstrukturen kontinuierlich zu vermeiden bzw. frühzeitig zu erkennen und abzubauen.

4.3 Prognosebericht

Für die bauliche Weiterentwicklung der stationären Einrichtungen der Seniorenzentren ist die Novellierung des Landespflegegesetzes im Rahmen des GEPA von zentraler Bedeutung. Nach Vorliegen der konkreten Normen, die nunmehr erst für die zweite Jahreshälfte 2014 erwartet werden, ist die Businessplanung entsprechend anzupassen.

Es ist eine wesentliche Herausforderung, Wertvorstellungen mit der wirtschaftlichen und finanziellen Realität weiter in Einklang zu bringen und die positiven betriebswirtschaftlichen und qualitativen Trends der Jahre 2012 und 2013 fortzusetzen. Da es neben der qualitativ erheblichen Verbesserung im Segment der Leistungserbringung in den beiden letzten Jahren gelungen ist, Personalüberhänge maßgeblich zu reduzieren und die Kennzahlen im Personalcontrolling in eine Auskömmlichkeit zu überführen, ist perspektivisch ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erwarten. Nachdem bislang primär der Fokus auf einer Optimierung der Pflegeprozesse lag, wird künftig die Erzielung von Synergieeffekten im hauswirtschaftlichen Bereich durch eine Verbesserung der Ablauforganisation einen neuen Schwerpunkt bilden.

5. Stellungnahme zu den Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Sachverhalte i. S. d. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG wurden, soweit erforderlich, bei der Darstellung des Geschäftsverlaufes in der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erläutert.

Bonn, den 23.04.2014

gez. (Biedinger)
Betriebsleiter

Erfolgsplan 2015

	Ist 2013 TEUR	Plan 2014 TEUR	Erwartet 2014 TEUR	Plan 2015 TEUR	Plan 2016 TEUR	Plan 2017 TEUR	Plan 2018 TEUR
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß Pflege VG	8.769,3	8.793,6	9.379,2	9.503,8	9.646,3	9.791,0	9.937,9
a) Hausbetreuungsdienst	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
b) Tagespflege (teilstationärer Bereich)	154,3	147,1	183,2	183,2	186,0	188,7	191,6
c) vollstationärer Bereich	8.393,8	8.423,2	8.943,2	9.067,7	9.203,7	9.341,8	9.481,9
d) Kurzzeitpflege (KZP)	221,2	223,3	252,8	252,8	256,6	260,5	264,4
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	3.969,7	4.021,7	4.070,0	4.104,2	4.165,8	4.228,3	4.291,6
a) Tagespflege (teilstationärer Bereich)	57,6	57,2	63,4	63,4	64,4	65,3	66,2
b) vollstationärer Bereich	3.793,6	3.844,5	3.883,8	3.918,0	3.976,8	4.036,4	4.097,0
c) Kurzzeitpflege (KZP)	118,5	120,1	122,8	122,8	124,7	126,6	128,5
3. Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen nach PflegeVG	121,4	121,6	135,2	135,2	137,3	139,3	141,4
a) Tagespflege (teilstationärer Bereich)	46,9	47,0	50,0	50,0	50,7	51,5	52,2
b) vollstationärer Bereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
c) Inkontinenzpauschale	74,5	72,7	82,3	82,3	83,5	84,8	86,1
d) Kurzzeitpflege (KZP)	0,0	1,8	3,0	3,0	3,0	3,1	3,1
4. Erträge aus gesonderter Berechnung der Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	1.331,3	1.308,9	1.260,7	1.286,0	1.305,2	1.324,8	1.344,7
5. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	667,9	657,6	641,3	506,3	514,0	521,7	529,6
6. Sonstige betriebliche Erträge	243,8	140,4	198,4	191,9	194,8	197,7	200,7
<i>Gesamtleistung</i>	15.103,4	15.043,8	15.684,8	15.727,4	15.963,5	16.202,9	16.445,9
7. Personalaufwand	-10.761,7	-11.090,9	-11.276,8	-11.557,2	-11.730,6	-11.906,5	-12.085,1
a) Löhne und Gehälter	-8.023,5	-8.452,3	-8.536,9	-8.766,8	-8.898,3	-9.031,8	-9.167,3
b) Soziale Abgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	-2.738,2	-2.638,6	-2.739,9	-2.790,4	-2.832,2	-2.874,7	-2.917,8
8. Materialaufwand	-3.025,1	-2.683,1	-2.991,5	-2.905,2	-2.962,5	-3.020,3	-3.078,5
a) Lebensmittel	-682,4	-666,3	-627,1	-613,5	-622,7	-632,0	-641,5
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	-67,1	-66,5	-72,8	-71,3	-72,3	-73,4	-74,5
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	-674,3	-618,8	-638,6	-625,3	-634,7	-644,2	-653,9
d) Wirtschaftsbedarf/ Verwaltungsbedarf	-1.601,3	-1.331,5	-1.653,0	-1.595,1	-1.632,8	-1.670,6	-1.708,6
9. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	-7,5	-10,4	-9,3	-9,1	-9,2	-9,4	-9,5
10. Steuern, Abgaben, Versicherungen	-206,9	-207,3	-197,2	-196,6	-199,5	-202,5	-205,6
11. Mieten, Pacht, Leasing	-91,4	-92,0	-89,8	-67,6	-68,6	-69,6	-70,7
<i>Summe der Aufwendungen 7. - 11.</i>	-14.092,6	-14.083,7	-14.564,6	-14.735,6	-14.970,4	-15.208,3	-15.449,3
<i>Zwischenergebnis</i>	1.010,8	960,0	1.120,2	991,9	993,0	994,6	996,6
12. Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher	43,6	37,4	29,1	29,1	29,5	29,9	30,4
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	21,0	20,9	20,9	20,9	20,9	20,9	20,9
14. Abschreibungen	-608,3	-590,3	-597,1	-599,2	-608,5	-618,0	-627,6
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-598,6	-584,3	-586,7	-593,1	-602,0	-611,0	-620,2
b) auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	-9,7	-6,0	-10,4	-6,1	-6,5	-7,0	-7,4
15. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	-215,0	-197,6	-237,1	-218,7	-222,0	-225,3	-228,7
16. sonstige ordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0	0	0	0
<i>Zwischenergebnis</i>	252,1	230,4	336,0	223,9	213,0	202,1	191,6
17. Zinsen und ähnliche Erträge	26,5	20,3	8,0	16,0	16,2	16,5	16,7
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-261,0	-250,7	-250,7	-240,0	-229,2	-218,6	-208,3
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17,6	0,0	93,3	0,0	0,0	0,0	0,0
20. Außerordentliche Erträge	17,3	0,0	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0
21. Außerordentliche Aufwendungen	-184,6	0,0	-32,7	0,0	0,0	0,0	0,0
22. weitere Erträge	13,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
23. Jahresergebnis	-136,7	0,0	61,3	0,0	0,0	0,0	0,0